



Nicht die Wähler sind schuld – es sind die Methoden

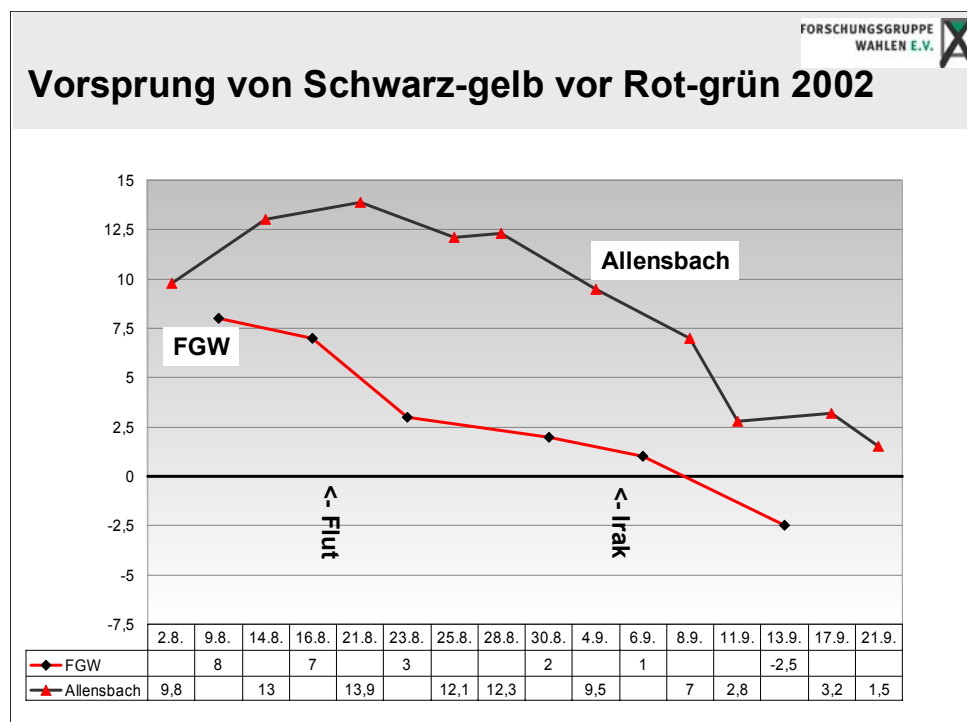
Zum Streit mit Allensbach über richtige und falsche Umfragen

Matthias Jung

Vorstand Forschungsgruppe Wahlen

Wenige Tage nach der Wahl erfährt man von Frau Professor Elisabeth Noelle – in der FAZ vom 25.9.02 mit größter Selbstverständlichkeit vorgetragen - warum die FDP so wenige Wähler hat, Grüne und SPD aber die Wahl gewonnen haben. Kein Wort darüber, warum Allensbach wochenlang offensichtlich aus einer anderen Republik seine Stimmungsberichte geliefert hat und noch **einen Tag vor der Bundestagswahl eine schwarz-gelbe Mehrheit vorhersagte**. Jetzt auf einmal war die fehlende Koalitionsaussage der FDP Schuld daran, dass jeder Vierte, der von Allensbach für die FDP prognostizierten Wähler diese nicht gewählt hat, als ob das Offenhalten der Koalitionsfrage bei der FDP nicht schon die seit Monaten beschlossene Strategie für diesen Wahlkampf gewesen wäre. Und so als ob das unentwegte Thematisieren der rot-gelben Koalition durch Möllemann, ebenso wie seine wiederholten antiisraelischen Ausfälle erst nach der Publikation der Allensbach-Prognose stattgefunden hätten. Kein Wort darüber, warum der **sichere Sieg der Union, der noch zweieinhalb Wochen vor der Wahl** in der FAZ vom 4.9.02 verkündet worden war („CDU/CSU und FDP liegen klar in Führung...“, „ein Fortbestand der derzeitigen Koalition erscheint ausgeschlossen“, davon „profitiert vor allem die FDP“), nicht stattgefunden hat. Plötzlich bekommt die Flut eine entscheidende Rolle („vermutlich größten Einfluss“) für die Entwicklung der politischen Stimmung, obwohl doch noch fast zwei Wochen nach der Flut (FAZ 28.8.02) Frau Noelle der Flut und ihren Folgen lediglich eine „sehr geringe Veränderung der Zweitstimmen-Wahlabsicht“ bescheinigte. Zu diesem Zeitpunkt hatte die schwarz-gelbe Koalition bei Allensbach immer noch einen Vorsprung von sage und schreibe 12,1 Prozentpunkten, bei der Forschungs-

gruppe Wahlen hingegen zwei Tage davor lediglich noch 3 Prozentpunkte. **Einen Vorsprung von Rot-grün sah Allensbach zu keinem Zeitpunkt.** Selbst eine Woche vor der Wahl, da lag Rot-grün bei der Forschungsgruppe 2,5 Punkte vorne, meldete Allensbach immer noch einen Vorsprung für schwarz-gelb von mehr als 3 Prozentpunkten.



Noch abenteuerlicher klingen die Versuche von Frau Köcher, die in der ZEIT vom 26.9.02 wiedergegeben werden, wonach die anderen Meinungsforschungsinstitute an der Fehlprognose von Allensbach schuld seien, weil deren angeblich falsche Daten das politische Klima so verändert hätten, dass die Allensbacher Prognose nicht eingetroffen ist. Das alles macht deutlich, dass es hierbei schon lange nicht mehr darum geht, mittels Umfragen korrekt und zeitnah den tatsächlichen Meinungsbildungsprozess abzubilden, um anhand der dabei beobachtbaren Strukturen Wahlverhalten erklären zu können.

Dass eine solch falsche Berichterstattung über den politischen Meinungsbildungsprozess fatale Wirkung hat, zeigt sich insbesondere im Hinblick auf die Wahlkampfstrategie der Union, die von Allensbach beraten wurde, wo ein notwendiger Strategiewechsel unterblieb, weil man ja den Sieg sicher in der Tasche zu haben glaubte.

Mühsam und andeutungsweise wird jetzt versucht, die Ursachen für dieses Desaster mit den **schnellen Meinungsänderungen in der Bevölkerung** zu erklären. Daraus kann man jedoch nur schließen, dass das veraltete Instrument der Allensbacher face-to-face-Befragungen, deren Ergebnisse schon längst überholt sind, wenn sie druckfrisch in der FAZ vorgestellt werden, dieser Entwicklung nicht mehr gerecht wird.

Die Ursachen für das abweichende Ergebnis von Allensbach liegen aber nicht nur in der Tatsache begründet, dass Allensbach fast ausschließlich auf **face-to-face-Interviews** setzt, während alle anderen Institute inzwischen fast nur noch telefonische Befragungen durchführen. Wenn man ausreichend Zeit hat und auch die nötigen Mittel, dann kann man auch face-to-face-Befragungen für bestimmte Spezialuntersuchungen durchführen, die repräsentative Ergebnisse liefern.

Der entscheidende Punkt für das Desaster bei Allensbach liegt in der Art der Stichprobenbildung und der Gewichtung der Daten, die von Allensbach offensichtlich vorgenommen wird.

Stichprobe

Heutzutage benutzen praktisch alle Institute - nicht nur diejenigen, die Wahlforschung betreiben, - bei allgemeinen Bevölkerungsumfragen **Zufallsstichproben**. Grundlage ist dabei die Norm, dass alle Elemente der zu untersuchenden Grundgesamtheit – also alle Wahlberechtigten – die gleiche Chance haben müssen, für ein Interview ausgewählt zu werden. Nur dann können bei entsprechender Fallzahl repräsentative Ergebnisse erzielt werden. Dies geschieht in der Regel für Telefonumfragen durch zufällige Entnahme von Telefonnummern aus den Telefonbüchern. Zusätzlich werden dann die so ermittelten Telefonnummern durch Addition einer Zahl zwischen 1 und 9 so verändert, dass auch nicht im Telefonbuch enthaltene Nummern Berücksichtigung finden. Danach wird dann bei einem Mehrpersonenhaushalt noch einmal zufällig eines der Haushaltsmitglieder ausgewählt. Dieses Verfahren stellt sicher, dass niemand einen Einfluss auf die Auswahl der Befragungspersonen

hat, sondern es lediglich dem Zufall überlassen bleibt, wer interviewt wird. Selbstverständlich werden dabei bei jeder Umfrage immer wieder andere Personen befragt.

Allensbach hingegen benutzt bei allgemeinen Bevölkerungsumfragen als einziges Institut in der Regel sog. **Quota-Stichproben**. Dies entspricht dem Stand der Forschung in den 60er und 70er Jahren. Beim Quota-Verfahren bekommt der Interviewer eine inhaltliche Vorgabe, welche Eigenschaft der auszuwählende Befragte besitzen muss: also wie alt, welches Geschlecht, welchen Schulabschluss usw. er haben muss. Wenn der Interviewer diese Bedingungen einhält, dann kann er die zu befragende Person nach freiem Ermessen aussuchen und ggf. diese Person auch mehrmals interviewen. Damit hat der Interviewer mit seinen persönlichen Präferenzen einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Auswahl der Befragungspersonen, nicht selten finden solche Interviews im persönlichen Freundes- und Bekanntenkreis der Interviewer statt.

Gewichtung

Ein weiterer entscheidender Unterschied liegt in der von Allensbach vorgenommenen Gewichtung der tatsächlichen Umfrageergebnisse. Auch wenn dies selbstverständlich streng geheim gehalten wird und niemals tatsächliche Umfrageergebnisse von Allensbach veröffentlicht werden, so ist klar, dass Allensbach im Grundsatz die sog. **Recall-Gewichtung** benutzt. Dabei wird neben der aktuellen Wahlabsicht auch nach dem Wahlverhalten bei der jeweils letzten Wahl gefragt. Dadurch kann das in der Umfrage ermittelte vergangene Wahlergebnis mit dem tatsächlichen Wahlergebnis verglichen werden. Durch Gewichtung wird dann die Umfrage so verändert, dass die Rückerinnerung an die vergangene Wahl in der Umfrage mit dem tatsächlichen Wahlergebnis übereinstimmt. Dieses auf den ersten Blick plausible Justierungsverfahren führt jedoch in der Realität bewegter politischer Zeiten immer mehr in die Irre. Das Problem liegt nämlich darin, dass die Rückerinnerung der Wähler an vergangenes Wahlverhalten in erheblichem Maße falsch ist. Das resultiert zum einen daraus, dass die immer größer werdende Gruppe der Wechselwähler sich tatsächlich nicht mehr erinnert, ob sie jetzt bei der Bundestagswahl oder doch bei der Landtagswahl oder vielleicht bei der Europawahl die oder eine andere Partei gewählt hat. Und was

noch viel verheerender ist, die Wähler verändern bewusst oder unbewusst ihre Erinnerungen an das Wahlverhalten aufgrund ihrer aktuellen Präferenzen. Sie beseitigen kognitive Dissonanzen, weil sie sich z.B. nicht mehr daran erinnern wollen, dass sie selbst das letzte Mal eine Partei gewählt haben, von der sie inzwischen sehr enttäuscht sind, oder aber sie reden sich ein, dass sie die Partei, für die sie inzwischen sind, schon immer bevorzugt haben. **Dies alles führt dazu, dass kein realistisches Bild über das vergangene Wahlverhalten entsteht** und deshalb diese Informationen völlig ungeeignet sind, aktuelle Umfrageergebnisse zu „justieren“, sprich zu gewichten.

Dennoch bedürfen Umfrageergebnisse einer auch in Zahlen geronnenen Bewertung, einer Gewichtung. Es ist notwendig und legitim, dass in eine entsprechende Gewichtung der tatsächlich gemessenen Daten die Gesamtheit der wahlsoziologischen Erfahrungen einfließt, weil **Umfragedaten immer fachkundig interpretiert werden müssen**. Nur: Wenn sich Umfrageinstitute nicht dem Vorwurf der (politischen) Manipulation aussetzen wollen, dann müssen sie dafür die notwendige Transparenz herstellen, so wie es die Forschungsgruppe Wahlen seit vielen Jahren macht: Die tatsächlichen Umfragewerte bei der Sonntagsfrage ohne Gewichtung („Politische Stimmung“) werden bei jeder Publikation neben die Werte bei der Sonntagsfrage mit Gewichtung („Projektion“) gesetzt. Dadurch hat jeder Zuschauer/Leser die Möglichkeit zu sehen, wie groß der Einfluss des Instituts auf die Zahlen ausfällt.

Daneben sollte es in der heutigen Zeit Standard sein, dass zu jeder Umfrage die Information gehört, wie viele Menschen befragt wurden, von wann bis wann und mit welcher Methode (Zufallsauswahl oder Quota, Telefon oder face-to-face) die Befragung durchgeführt wurde. Doch nichts davon findet man in den jeweils halbseitigen Artikeln in der FAZ. Wurde bis August diesen Jahres immerhin noch der Befragungszeitraum angegeben, so konnte man in der heißen Phase, als die Allensbacher Berichte wöchentlich in der FAZ erschienen, nur noch lesen, an welchem Tag die Umfrage abgeschlossen wurde. Offensichtlich wollte man damit kaschieren, dass eine ganze Menge der Interviews schon so alt waren, dass darüber eigentlich schon in der Vorwoche hätte berichtet werden müssen.

Daten offen legen

Unsere Forderungen gehen jedoch noch weiter: Zur Vermeidung eines Vorwurfs an die ganze Profession, dass mit den Umfragen manipuliert wird, sollten alle Datensätze – auch rückwirkend - als Rohdaten dem Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln zur Verfügung gestellt werden. Das Zentralarchiv ist die von öffentlichen Mitteln finanzierte deutsche Sammelstelle sozialwissenschaftlicher Datensätze. Dort kann jeder diese Datensätze dann zu eigenen kontrollierenden Sekundäranalysen ausleihen und so eine **wirksame wissenschaftliche Überprüfung der Arbeit der verschiedenen Institute** vornehmen. Selbstverständlich ist es möglich, alle Politbarometer-Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen seit 1977 dort jederzeit zu bestellen. Leider kann man ähnliches von Allensbach nicht sagen. Dort sind nach wie vor alle Rohdaten der Umfragen in den Tresoren weggeschlossen, kein Mensch kann überprüfen, was Allensbach tatsächlich gemessen hat und mit dem vergleichen, was es dann veröffentlicht hat.

Eine solche deutlich höhere Transparenz der Datenerhebung und –interpretation mag kurzfristig zwar etwas höheren Erklärungsbedarf bei der Datenpräsentation erfordern als bisher, langfristig wird es aber **die Position der Meinungsforschungsinstitute stärken und ihnen Manipulationsvorwürfe ersparen.**

(26.9.2002)

Forschungsgruppe Wahlen e.V.

Postfach 10 11 21
68011 Mannheim

Tel: 0621 / 1233-0 Fax: 0621 / 1233-199
info@forschungsgruppe.de
www.forschungsgruppe.de